

Schmidt, Kunibert et al.

Article — Published Version

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2009

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmidt, Kunibert et al. (2009) : Die Erwartungen der Wirtschaft für 2009, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 89, Iss. 1, pp. 7-25, <https://doi.org/10.1007/s10273-009-0883-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/65516>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Erwartungen der Wirtschaft für 2009

Die Wirtschaftsaussichten für 2009 werden allgemein als düster eingeschätzt. Wie stellt sich die Lage aus Sicht der Wirtschaftsverbände dar? Sind die Prognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterschiedlich? Was erwarten die Wirtschaftsverbände jetzt von der Bundesregierung?

Kunibert Schmidt

Automobilindustrie im Sog der Finanzkrise

Nach zwei wachstumsstarken Jahren, in denen die gesamtwirtschaftliche Erholung in Deutschland erstmals wieder den Arbeitsmarkt erreichte, hat sich die weltweite konjunkturelle Lage schlagartig und tief eingetrübt. Die Industrienationen befinden sich in einer Rezession, die Schwellenländer haben ebenfalls eine erhebliche Eintrübung der konjunkturellen Dynamik hinzunehmen. Die rasante Abkühlung hat sehr schnell und als erstes die weltweiten Automobilmärkte erreicht. Mit dem Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers im September 2008 kollabierte der Automobilabsatz nahezu zeitgleich und auf jedem Markt.

Die deutsche Automobilindustrie hat sich dieser Krise nicht entziehen können. Die anvisierten Rekordergebnisse beim Absatz und in der Produktion in allen Standorten sind mit einem Schlage außerhalb jeder Reichweite geraten. Dabei war den Unternehmen der Automobilbranche durchaus zu Jahresbeginn bereits bewusst, dass die sehr dynamische Absatzentwicklung der Vorjahre vor allem in der zweiten Jahreshälfte nicht mehr aufrechterhalten gewesen wäre. Denn diese Krise beschränkt sich nicht – wie in früheren Jahren – auf ein Land oder eine Region, sondern sie

hat alle wichtigen Märkte weltweit gleichgerichtet erfasst. Vor dem Hintergrund der sich weltweit deutlich verschlechternden Konjunkturaussichten durch die Finanzkrise sind die internationalen Pkw- und Nfz-Märkte besonders stark unter Druck geraten.

Eine Gesamtjahresbetrachtung ist angesichts des plötzlichen Zusammenbruchs deutlich zu kurz gegriffen. In den ersten Monaten des Jahres 2008 konnte die deutsche Automobilindustrie den bisher eingeschlagenen Wachstumspfad weiter verfolgen. Pkw-Absatz und Produktion konnten teilweise erheblich gesteigert werden, der erwartete Normalisierungstrend nach einem lang anhaltenden Boom in der Nutzfahrzeugbranche zeigte sich in stagnierender Fertigung auf Höchstniveau. Bis September stieg der Umsatz der deutschen Automobilindustrie insgesamt noch um 4%, gleichzeitig wurden knapp 14 000 neue Stellen geschaffen. In den Herstellerwerken stieg die Zahl der Beschäftigten bis September um 3000, bei den Zulieferern um 8000. Die Anhänger- und Aufbauartenindustrie, die bis Mitte 2008 voll ausgelastet war, schuf ebenfalls 3000 neue Stellen.

Der seit dem Frühjahr 2007 zu beobachtende Beschäftigungsauf-

bau in der deutschen Automobilindustrie ist allerdings mittlerweile zum Stillstand gekommen. Die Nachfrageabschwächung trifft sowohl Hersteller als auch Zulieferer, so dass in allen Teilen der Wertschöpfungskette Anpassungsreaktionen notwendig wurden. Mit dem Auslaufen von Verträgen für Zeitarbeitskräfte, dem Abbau von Überstunden sowie der Nutzung der Arbeitszeitkonten der Stammbeslegschaft reagieren die Unternehmen auf die deutlich geringere Nachfrage. Dabei können weitere Anpassungsprozesse nicht ausgeschlossen werden. Die Automobilindustrie ist sich jedoch bewusst, dass gerade die sehr gut ausgebildeten Facharbeiter ein wichtiger Faktor zum Erhalt und Ausbau der Innovationsführerschaft sind. Freisetzen werden von den Unternehmen der Branche auch vor diesem Hintergrund kritisch überprüft.

Die deutschen Hersteller sind auf allen Schlüsselmärkten der Welt in führender Position vertreten. Die schon seit Jahren von unseren Mitgliedsunternehmen konsequent verfolgte Globalisierungsstrategie hat sich in der Vergangenheit als der richtige Weg erwiesen. Vor allem durch das frühzeitige Erkennen der enormen Wachstumspotentiale in den Emerging Markets konnte die schwächere Pkw-Konjunktur in

den etablierten Industrienationen immer wieder kompensiert werden. In der derzeit zugespitzten globalen Absatzkrise ist diese Kompensation bis auf weiteres außer Reichweite. Auf den globalen Pkw-Märkten zeichnet sich ein dramatisches Bild ab: Die etablierten Triademärkte erleben derzeit einen Absatzeinbruch. Auch die bislang wachstumsstarken Schwellenländer haben im zweiten Halbjahr teils deutlich an Nachfragedynamik verloren. Weltweit bewegen sich damit die Pkw-Märkte in einem bislang noch nie dagewesenen Ausmaß zeitgleich nach unten. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 stieg der Pkw-Absatz weltweit noch um ca. 1%, im vierten Quartal lagen die Verkäufe bereits 18% unter dem Vorjahresniveau.

Vor allem die Märkte in den USA und Westeuropa haben massiv unter der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zu leiden. In den USA wurden 2008 13,2 Mio. Light Vehicles abgesetzt, 2005 waren es noch mehr als 17 Mio. Die extrem verunsicherten US-Verbraucher finden nicht den Weg in die Show-Rooms – an dieser Zurückhaltung ändern auch die aktuell deutlich gesunkenen Spritpreise nichts. Die deutschen Anbieter haben in den USA – auf dem derzeit wohl schwierigsten Markt weltweit – noch vergleichsweise gut abgeschnitten. Sie konnten in einem sehr schwachen Marktumfeld ihren Marktanteil um einen Prozentpunkt auf annähernd 7% erhöhen. Allerdings haben auch die deutschen Hersteller in den USA 6% weniger Fahrzeuge als im Vorjahr abgesetzt.

Auch in Westeuropa wird der Pkw-Absatz 2008 voraussichtlich mit 13,6 Mio. Einheiten um 8% unter dem Vorjahresniveau liegen. Länder wie Spanien, Großbritannien oder auch Irland bekommen die Auswirkungen der Immobilienkrise mit voller Wucht zu spüren. In vie-

len Ländern lähmt die Furcht vor den Auswirkungen der Rezession die Kaufentscheidung der Verbraucher. Die beschleunigte Talfahrt wird daran deutlich, dass im ersten

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 64, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt am Main.

Michael Knipper, 56, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.

Dr. Utz Tillmann, 55, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) in Frankfurt am Main.

Dr. Klaus Mittelbach, 52, ist Vorsitzender der Geschäftsführung des ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. in Frankfurt am Main.

Dr. Ralph Wiechers, 49, ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt am Main.

Dr. Axel Pols, 42, leitet den Arbeitsbereich Marktforschung und Außenwirtschaft beim Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) in Berlin.

Dr. Michael Wolgast, 44, ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) in Berlin.

Halbjahr der Rückgang des Absatzes auf dem westeuropäischen Pkw-Markt 2% betrug, im vierten Quartal sogar 19%. In den Neuen EU-Ländern – die im Gegensatz zu Westeuropa in den letzten zwei Jahren deutliche Zuwachsraten aufwiesen – hat die Finanzkrise die Realwirtschaft ebenfalls erfasst. Die Wachstumsmärkte der sogenannten BRIC-Länder sind ebenso von der Abschwächung betroffen. In Russland stieg der Pkw-Absatz in den ersten sechs Monaten noch um 33%, im vierten Quartal wurden bereits 10% weniger Einheiten abgesetzt. Auch der chinesische Markt – für die deutschen Hersteller mittlerweile der wichtigste Auslandsmarkt – konnte sich nicht behaupten. Nach Zuwächsen von 18% in der ersten Jahreshälfte sanken die Verkäufe im vierten Quartal um 3%.

Der Export der deutschen Hersteller leidet durch diese Entwicklung auf den Weltmärkten. Während im ersten Halbjahr die Ausfuhren noch leicht über dem Niveau des Rekordjahres 2007 lagen, gingen sie im zweiten Halbjahr kräftig zurück. Das Exportvolumen sank damit um 4% auf 4,13 Mio. Einheiten. Alleine im Dezember sanken die Ausfuhren um 22%. Es bleibt trotz der gegenwärtigen Krise dennoch eine beeindruckende Bilanz. Die deutschen Hersteller exportierten im abgelaufenen Jahr 20% mehr Fahrzeuge als noch zehn Jahre zuvor. In den ausländischen Werken wurden mit 5,25 Mio. Fahrzeugen 72% mehr Fahrzeuge als noch 1998 gefertigt. Die konsequente Globalisierung scheint in der derzeit turbulenten weltwirtschaftlichen Situation nicht zu helfen, ist jedoch in der mittel- und langfristigen Betrachtung die einzig sinnvolle Strategie zur nachhaltigen Sicherung von Absatz und Beschäftigung auch im Inland.

Der Inlandsmarkt entwickelte sich im Jahresverlauf in ähnlichem

Muster: Während es bis zum August noch aufwärts ging (plus 2%), verlor der Absatz mit Einsetzen der Finanzkrise erheblich an Fahrt. Das Absatzziel von 3,2 Mio. Pkw, durchaus konservativ angelegt, haben wir nicht erreichen können. Einen monokausalen Erklärungsansatz – die Finanzkrise – kann man hier jedoch nicht gelten lassen. Die Aufholgeschwindigkeit in der ersten Jahreshälfte ist deutlich zu gering ausgefallen. Vor allem die anhaltende Verunsicherung der Verbraucher über die Ausgestaltung der CO₂-basierten Kfz-Steuer und damit die Verunsicherung über die Folgekosten des Autokaufs bremsen den Inlandsmarkt aus. Hinzu kamen die in der ersten Jahreshälfte massiv gestiegenen Mobilitätskosten. Nie zuvor waren Kraftstoffe so teuer wie in den ersten Monaten 2008. Trotz der Kaufzurückhaltung im Jahr 2007, des sehr alten und erneuerungsbedürftigen Pkw-Bestandes in Deutschland (im Durchschnitt sind die Pkw in Deutschland 8,6 Jahre alt) belebte sich der Markt nur sehr zögerlich. Mit dem Erreichen der Jahresmitte gab das Inlandsgeschäft erheblich nach. Im Juli gingen die Inlandsbestellungen um knapp 5% zurück, in den Monaten danach, zeitgleich zum Zusammenbruch des Bankhauses Lehman Brothers, sanken die Auftragseingänge inländischer Kunden mit deutlich zweistelligen Raten. Insgesamt wurden 2008 etwas weniger als 3,1 Mio. Pkw in Deutschland zugelassen, 2% weniger als vor einem Jahr.

Perspektiven 2009

Die Aussichten für das Jahr 2009 sind mit großer Unsicherheit behaftet. Die Automobilindustrie muss davon ausgehen, dass die Absatzkrise vor allem in den Industrienationen Westeuropas, in den USA sowie in Japan vor allem im ersten Halbjahr andauern wird. Auch die bis dato wachstumsstar-

ken Schwellenländer müssen Absatzrückgänge in Kauf nehmen. Wie einschneidend diese Verluste ausfallen, wird entscheidend davon abhängen, ob, wann und wie die milliarden schweren Konjunkturprogramme, die in Amerika, Europa und Asien geschnürt werden, ihre Wirkung entfalten. Wir rechnen derzeit daher mit einem zweistelligen Rückgang bei Produktion und Export

Der deutsche Markt steht im Jahr 2009 vor ebensolch großen Herausforderungen. Die Hersteller und ihre Zulieferer gehen mit einem historisch niedrigen Auftragsbestand und sehr schwachen Auftragseingängen ins neue Jahr. Alleine im November und Dezember 2008 sanken die Bestelleingänge von deutschen Kunden um annähernd 25%. Die schlagartige Abkühlung der konjunkturellen Rahmendaten und die Ratlosigkeit über Dauer und Verlauf der globalen Krise verunsichern die Verbraucher zusätzlich.

Die Rahmenbedingungen sind alles andere als stimulierend für den Inlandsmarkt. Im Jahr 2009 dürfte die konjunkturelle Abschwächung auch spürbare Auswirkungen auf den bisher sehr erfreulichen Trend am Arbeitsmarkt haben und dadurch zusätzlich Verunsicherung schaffen. Dies wirkt zunächst fast ausschließlich auf die Absatzerwartungen der Automobilindustrie im Inland. Es gehen zwar von den derzeit sehr niedrigen Rohölpreisen auch Entlastungen aus, diese stimulierenden Signale werden jedoch in der Krisenstimmung nicht wahrgenommen.

Für das Gesamtjahr 2009 müssen wir davon ausgehen, dass das Neuzulassungsvolumen in Deutschland um die 2,9 Mio. Pkw liegen wird. Auch eine eventuell noch etwas schwächere Entwicklung ist aus heutiger Sicht nicht auszuschließen.

Gerade in dieser Situation muss die Politik für klare Rahmenbedingungen sorgen. Vor allem die immer wieder geforderte zügige Fixierung der CO₂-basierten Kfz-Steuer ist in der derzeitigen Phase von enormer Bedeutung. Der Verbraucher braucht Planungssicherheit über die Folgekosten des Pkw-Kaufs, sowohl in der Frage der Besteuerung als auch bezüglich der Restwertentwicklung seines Fahrzeugs.

Darüber hinaus kann eine befristete Umweltprämie dazu beitragen, dieser nicht allein zyklischen Absatzkrise zu begegnen und die Nachfrage kurzfristig wieder anzukurbeln. Sollte hinsichtlich der Ausgestaltung einer solchen Umweltprämie additiv zur CO₂-basierten Kfz-Steuer bald Klarheit hergestellt sein, ist es durchaus möglich, dass bereits mit der 63. IAA wieder positive Signale auszumachen sind.

Denn gerade die deutschen Hersteller sind mit ihrer vielseitigen Modellpalette bestens gerüstet, auch auf sich wandelnde automobiler Bedürfnisse zu reagieren. So bieten deutsche Konzernmarken bereits heute über 80 Pkw mit einem Durchschnittsverbrauch unter 5l/100km an, knapp 340 Modelle mit einem Verbrauch unter 6,5l/100km. Im vergangenen Jahr konnten die Emissionen deutscher Fahrzeuge um 3,1% im Schnitt gesenkt werden – deutlich mehr als bei den Importeuren. Die deutschen Hersteller sind mit einem Marktanteil von 57% führend in der Klasse der CO₂-Champions (Fahrzeuge unter 130gr/km). Die deutschen Hersteller haben ihre Hausaufgaben gemacht und sind für die Zeit nach der Krise bestens gerüstet.

In diesem Zusammenhang ist auch zu begrüßen, dass die europäische CO₂-Regulierungsdiskussion mit der Entscheidung vom Europäischen Parlament und Rat im Dezember 2007 vorläufig ein Ende gefunden hat. Der Indus-

trie wurden ausgesprochen anspruchsvolle CO₂-Ziele auferlegt, jedoch herrscht nach jahrelangen Diskussionen endlich eine stärkere Planungs- und damit auch Investitionssicherheit für die Unternehmen.

Für weitere zukünftige gesetzgeberische Maßnahmen ist es unabdingbar, dass der Zusammenhang zwischen Ökologie und Ökonomie als zwei Seiten einer Medaille stärker berücksichtigt wird. Denn nur eine gesunde Industrie ist in der Lage, die hohen Investitionen in Forschung und Entwicklung zu stemmen und wirtschaftlich schwierige Zeiten zu meistern. Die deutschen Hersteller haben im Jahr 2008 mehr als 18 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung investiert, knapp ein Drittel aller FuE-Investitionen der

deutschen Wirtschaft insgesamt. Damit stellt die deutsche Automobilindustrie auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette sicher, Technologieführer und Innovationsbenchmark zu bleiben.

Ein zentrales Krisenproblem für viele Unternehmen ist neben dem schwachen Absatz die Finanzierung ihrer Unternehmensaktivitäten. Hiervon ist neben den Automobilherstellern in besonderem Maße die Automobilzulieferindustrie betroffen. Dabei ist die Kreditversorgung der mittelständischen Zulieferindustrie von entscheidender Bedeutung für die globale Schlagkraft der deutschen Automobilindustrie. Unternehmen, die über ein hochinnovatives Produktportfolio verfügen und einen großen Teil der

Forschungsleistung der Branche schultern, sind auf Fremdfinanzierung der anspruchsvollen Technologien angewiesen. Vor diesem Hintergrund kommt es auch darauf an, gerade in den kommenden Monaten alle Anstrengungen zu unternehmen, die Liquidität der Automobilindustrie sicherzustellen.

Die deutsche Automobilindustrie unterstützt ausdrücklich die Initiativen der Bundesregierung und der Landesregierungen, mit denen die Schlüsselbranche Automobilindustrie in Zeiten der globalen Krise begleitet wird. Jetzt kommt es darauf an, dass die von der Bundesregierung installierten Maßnahmenpakete zügig der Realwirtschaft zugute kommen.

Michael Knipper

Die Erwartungen der Bauindustrie für das Jahr 2009

Die Kapitalmarktkrise, die vor allem ab dem Herbst 2008 verstärkt auf die Realwirtschaft übergriff, hat zum Jahresende hin zu einer deutlichen Eintrübung der Geschäftserwartungen in der Bauindustrie geführt. Bei den Umfragen der Wirtschaftsforschungsinstitute und Verbände wurde zwar die aktuelle Geschäftslage noch als gut bezeichnet, die Erwartungen an das Jahr 2009 haben sich dagegen im Jahresverlauf deutlich eingetrübt. Zwar gaben die Konjunkturindikatoren im Bauhauptgewerbe bis einschließlich Oktober noch positive Signale; allerdings überwog bei den Baufirmen zunehmend die Einschätzung, dass sich die Branche der gesamtwirtschaftlichen Abschwächung 2009 nicht entziehen könne.

2008 ist es der Bauwirtschaft aber noch gelungen das Wachs-

tumstempo des Vorjahres zu übertreffen. Die realen Bauinvestitionen dürften im vergangenen Jahr um etwa 3,5% zugelegt haben, die nominalen Umsätze im Bauhauptgewerbe um 6%. Das Wachstum zeigt allerdings wiederum eine deutliche spartenmäßige Differenzierung.

- Der Umsatz des Bauhauptgewerbes im Wohnungsbau dürfte angesichts der anhaltenden Neubauschwäche im Gesamtjahr 2008 nur noch um 1% zugelegt haben. Hatten 2006 noch Vorzieheffekte (Wegfall der Eigenheimzulage, Erhöhung der Mehrwertsteuer), für ein starkes Wachstum gesorgt, konnte 2008 der weitere massive Rückgang im Neubau durch die Ausweitung der Bestandsmaßnahmen nicht aufgefangen werden.

- Deutlich stärker expandierte der Staat seine Bautätigkeit, der Umsatz des Bauhauptgewerbes in dieser Sparte stieg um 6%. Wie schon 2007 nutzten vor allem die Kommunen ihre weiterhin erheblich verbesserten finanziellen Handlungsspielräume, um die Investitionen in die kommunale Infrastruktur auszuweiten.

- Wachstumstreiber war – wie bereits in den Vorjahren – vor allem die gewerbliche Wirtschaft. Die Umsätze des Bauhauptgewerbes mit diesen Auftraggebern legten sogar um 10% zu. Damit wurde die Wachstumsrate des Vorjahreszeitraumes weit übertroffen. Insbesondere im letzten Quartal hat allerdings die Finanzkrise voll durchgeschlagen und zu einer Abschwächung des Wachstums geführt.

Von dieser insgesamt positiven baukonjunkturellen Entwicklung profitierten die Betriebe des Bauhauptgewerbes allerdings unterschiedlich. Die kleineren Betriebe mit bis zu 19 Beschäftigten, deren Tätigkeitsschwerpunkt im Wohnungsbau liegt, wiesen für die ersten neun Monate des Jahres ein geringeres Umsatzwachstum auf als die größeren Betriebe, die vor allem für die gewerbliche Wirtschaft und die öffentliche Hand bauen.

Die Erwartungen an das Baujahr 2009

Die Vorlaufindikatoren zeigten – zumindest bis zum Oktober 2008 – noch ein relativ positives Bild der bauwirtschaftlichen Entwicklung.

- Die Hochbaugenehmigungen (veranschlagte Baukosten) lagen mit 40,1 Mrd. Euro um immerhin 9,5% über dem entsprechenden Vorjahreswert.
- Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe legte von Januar bis September um 3,9% zu.
- Der Auftragsbestand lag Ende September um 1,6 Mrd. Euro bzw. 7,4% über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Trotz dieser positiven Werte sind die Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Entwicklung der Bauinvestitionen 2009 – wie auch die Erwartungen für die Gesamtwirtschaft – vor allem Ende des Jahres deutlich nach unten revidiert worden. Die Institute erwarten nun im Durchschnitt einen realen Rückgang der Bautätigkeit von 1%; auf vergleichbarem Niveau liegt auch die Vorausschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Eines ist allerdings klar: Angesichts der weltweiten Finanzkrise haben wir es auch mit Strukturbrüchen zu tun. Alle Prognosen sind derzeit mit einem sehr viel höheren Grad

an Unsicherheit behaftet als in den Vorjahren.

Entwicklung in den einzelnen Bausparten

Den stärksten Wachstumsbeitrag wird 2009 der Öffentliche Bau liefern. Hier lag Ende September 2008 der Auftragsbestand um mehr als 10% über dem Vorjahresniveau. Zudem ist die öffentliche Hand bestrebt, der erwarteten gesamtwirtschaftlichen Abschwächung mit konjunkturellen Impulsen zu begegnen. So wird allein der Bund seine Investitionen in die Bundesverkehrswege (Straßen, Schienen, Wasserstraßen) im neuen Jahr gegenüber dem Vorjahresniveau um rund 1,8 Mrd. Euro (teilweise finanziert aus der Erhöhung der LKW-Maut) ausweiten.

Auch wenn seit der Steuerschätzung die Konjunkturprognosen weiter nach unten revidiert wurden, dürften dennoch 2009 die Steuereinnahmen in etwa das hohe Niveau des Vorjahres halten. Dies sorgt auf allen Gebietskörperschaftsebenen für finanzpolitischen Handlungsspielraum. Zudem ist angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage die Bereitschaft gewachsen, zur Stabilisierung der Konjunktur auch eine höhere staatliche Neuverschuldung in Kauf zu nehmen. Dies dürfte auch auf der Ebene der Bundesländer und Gemeinden für steigende Investitionen sorgen, von denen auch die Bauwirtschaft profitieren wird.

Schwieriger werden wird 2009 das Geschäft im Bereich Öffentlich-Private-Partnerschaften. Die Kapitalmarktkrise hat die Spielräume für PPP-Projekte erheblich eingeschränkt. Bereits 2008 sind Zahl und Volumen neuer PPP-Projekte hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Bis Ende Oktober waren im öffentlichen Hochbau erst 23 Projekte mit einem Investitionsvolumen von 680 Mio. Euro, im Verkehrswegebau nur ein Projekt mit

einem Volumen von 650 Mio. Euro zugeschlagen. Wie sich das Jahr 2009 entwickelt, wird maßgeblich davon abhängen, ob die sich abzeichnende Kreditklemme für größere PPP-Projekte vermieden werden kann.

Ungewiss ist derzeit die Lage im Wirtschaftsbau. Ein Genehmigungsplus im Hochbau für gewerbliche Investoren von gut 20% in den Monaten Januar bis Oktober sowie ein Auftragsbestand von + 8,7% Ende September sorgen dafür, dass die Unternehmen mit gut gefüllten Auftragsbüchern in das Jahr 2009 gehen können. Auch die gegenüber dem Vorjahr um rund 400 Mio. Euro aufgestockten Investitionszuschüsse des Bundes an die Deutsche Bahn AG (die zum Wirtschaftsbau gerechnet wird) setzen ein positives Signal.

Andererseits ist nicht damit zu rechnen, dass diese positive Grundtendenz über das Jahresende hinaus Bestand hat. Im Oktober, verstärkt aber im November verzeichneten die wichtigsten deutschen Industriezweige (Automobilproduktion, Chemische Industrie, Maschinenbau) entweder drastische Absatzeinbrüche oder aber starke Rückgänge bei den Auftragseingängen, dies vor allem aus dem Ausland. Von der Abschwächung der weltwirtschaftlichen Konjunktur wird eine exportorientierte Industrienation wie Deutschland überproportional getroffen. Dies wird nicht ohne Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft und Investitionspläne der Industrie bleiben.

Zum Jahresende gab es bereits erste Anzeichen, dass einzelne Projekte verschoben bzw. ganz abgesagt wurden. Zwar ist nicht mit einem abrupten Bremsmanöver zu rechnen; dennoch sorgen steigende Risikozuschläge bei der Kreditvergabe der Banken sowie die schlechteren konjunkturellen Rah-

menbedingungen dafür, dass 2009 weitere Investitionsplanungen auf den Prüfstand gestellt werden.

Im Wohnungsbau zeigt sich die zunehmende Verunsicherung der privaten Haushalte aufgrund der Kapitalmarktkrise. Während im ersten Halbjahr die Zahl der neu zum Bau genehmigten Wohnungen das Vorjahresergebnis nur leicht unterschritt, gingen die Genehmigungszahlen dann in der zweiten Jahreshälfte deutlich zurück. Von Juli bis Oktober war ein Minus von 7% zu verzeichnen. Besonders ausgeprägt war der Rückgang bei den Einfamilienhäusern mit nahezu 10%. Angesichts ungewisser Wirtschaftsaussichten und Arbeitsplatzverlusten für 2009 stellen viele private Haushalte derzeit ihre Planungen für die eigenen vier Wände zurück.

Erheblich besser sieht es dagegen bei den Bestandsmaßnahmen aus. Vor allem die deutlich steigenden Energiepreise führten 2008 zu einer starken Zunahme der Nachfrage nach zinsverbilligten Krediten der KfW aus den diversen Programmen zur CO₂-Gebäudesanierung. Die Bundesregierung musste daher den entsprechenden Haushaltstitel aufstocken, weil ansonsten ab August keine neuen Kredite hätten vergeben werden können. Für die Jahre 2009 bis 2011 sind die entsprechenden Mittel nunmehr nochmals um 1 Mrd. Euro pro Jahr angehoben worden.

Während die Firmen des Bauhauptgewerbes sich früher vor allem auf den Wohnungsneubau konzentrierten, haben viele die Lehren aus der langjährigen Baukrise – vor allem am Wohnungsmarkt – gezogen und ihr Tätigkeitsspektrum auf Bestandsmaßnahmen ausgedehnt. Allerdings werden die positiven Impulse in diesem Segment 2009 nicht ausreichen, um die Schwäche im Neubau auszugleichen.

Konjunkturprogramme des Bundes

Als Reaktion auf die sich abzeichnende Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung im Spätherbst ein erstes Konjunkturpaket beschlossen. Darin enthalten sind auch wichtige Maßnahmen, mit denen die Baukonjunktur im Jahr 2009 stabilisiert werden soll.

- Eine Aufstockung der Investitionen in die Bundesverkehrswege in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 um jeweils 1 Mrd. Euro.
- Eine Aufstockung des KfW-Infrastrukturprogramms für strukturschwache Kommunen um 3 Mrd. Euro mit besonders günstigen Zinskonditionen für einen befristeten Zeitraum.
- Eine Aufstockung der Fördermittel zur ökologischen Gebäudesanierung in den Jahren 2009 bis 2011 um jährlich 1 Mrd. Euro. Dieses Programm schließt die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude ein.

Aus Sicht der deutschen Bauindustrie sind diese Maßnahmen geeignet, die gewünschten konjunkturellen und beschäftigungspolitischen Impulse auszulösen.

- Der Bund schiebt im Bereich der Bundesverkehrswege einen hohen Sanierungsstau vor sich her. Gleichzeitig melden die Bundesländer im Bereich der Bundesfernstraßen einen enormen Stau an baureifen Projekten. Alle Maßnahmen können kurzfristig umgesetzt werden, da sie keinen langen Planungsvorlauf erfordern.
- Das Deutsche Institut für Urbanistik hat einen kommunalen Investitionsstau aus unterlassenen Infrastrukturmaßnahmen in einem Umfang von 70 Mrd. Euro errechnet. Diese Maßnahmen könnten ebenfalls kurzfristig in Angriff genommen werden und kom-

men vor allem lokal oder regional agierenden Firmen zu Gute.

- Auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm trifft auf einen gewaltigen Sanierungsstau. Die Deutsche Bank Research schätzt für den Zeitraum bis 2030 ein jährliches Sanierungspotential, allein im Bereich der Wohngebäude, von jährlich mehr als 8 Mrd. Euro. Auch dies sind Maßnahmen, die kurzfristig umgesetzt werden können.
- Investitionen in die Verkehrswege ziehen hohe Multiplikatoreffekte nach sich. Eine Investition von 1 Mrd. Euro induziert einen Nachfrageschub im vor- und nachgelagerten Bereich von weiteren 1,3 Mrd. Euro.
- Investitionen in die Verkehrswege lösen auch hohe Beschäftigungseffekte aus: 1 Mrd. Euro schafft bzw. sichert 20 000 bis 25 000 Arbeitsplätze direkt in der Bauwirtschaft oder in vor- und nachgelagerten Branchen.
- Bauleistungen werden nicht importiert. Die Wertschöpfung findet in Deutschland statt. Zumindest der Primäreffekt – also die Erbringung der Bauleistung – konzentriert sich ganz auf Deutschland.
- Infrastrukturinvestitionen stärken langfristig die Wachstumskräfte der deutschen Volkswirtschaft.

Aktuell befindet sich ein zweites Konjunkturprogramm in der Diskussion, über das Ende Januar entschieden werden soll. Es zeichnet sich derzeit ab, dass dieses Programm vor allem Maßnahmen zur Stärkung der Investitionen in die kommunale Infrastruktur enthalten soll. Solche investitionsstimulierenden Maßnahmen sind staatlichen „Konsumprogrammen“ allemal vorzuziehen. Auch der Sachverständigenrat fordert in seinem Jahresgutachten, wachstumsfördernde Maßnahmen zu ergreifen, wo-

zu er in erster Linie die öffentliche Investitionstätigkeit zählt.

Es kommt jetzt allerdings darauf an, dass die beschlossenen Maßnahmen auch frühzeitig umgesetzt werden. Die deutsche Bauindustrie wird sich deshalb dafür einsetzen,

dass die avisierten Bauaufträge (vor allem bei den Bundesfernstraßen) nicht erst im Frühjahr, sondern möglichst schon zu Jahresbeginn auf den Markt kommen. Darüber hinaus halten wir es auch für notwendig, dass die Rückkehr zu einer expansiveren Investitionspolitik

über die Jahre 2009 und 2010 Bestand hat. Es nützt uns allen wenig, wenn Infrastrukturmaßnahmen in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden, in den Folgejahren aber nicht durchfinanziert werden können.

Utz Tillmann

Schwieriges Umfeld für die deutsche chemische Industrie

Die deutsche chemische Industrie ist international wettbewerbsfähiger geworden. Während des Aufschwungs in den Jahren 2003 bis 2007 wuchs die Branche stärker als ihre wichtigsten Wettbewerber. Sie konnte so ihren Weltmarktanteil behaupten – während die USA, Japan oder Großbritannien Marktanteile einbüßten.

Man sieht: Die deutsche Chemie ist gerüstet, um dem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld zu begegnen. Die Finanzmarktkrise und der weltwirtschaftliche Abschwung haben aber nun die Industrieländer erfasst. Die Rezession ist in den USA, Japan und vielen europäischen Ländern – darunter auch Deutschland – angekommen. Doch auch an den aufstrebenden Schwellenländern wie China, Russland und Indien geht die Krise nicht spurlos vorüber.

Wir spüren deutlich: Verbraucher und Unternehmen halten sich mit Konsum und Investitionen zurück. So sank im 4. Quartal 2008 die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern ebenso wie nach Investitionsgütern. Auch die Chemienachfrage gab zum Jahresende deutlich nach.

Weltweit besonders betroffen waren die Automobilindustrie und Wirtschaftsdienst 2009 • 1

ihre Zulieferer. Die Immobilienkrise belastete zudem in vielen Ländern die Bauwirtschaft. Das schlägt durch auf die Chemie: Die Nachfrage nach Kunststoffen, Katalysatoren, Lacken, Klebstoffen und Bauzusatzstoffen ging deutlich zurück. Die Chemieproduktion flaute nach einem vielversprechenden Jahresbeginn 2008 immer weiter ab. Zum Jahresende bestellten die Abnehmerbranchen kaum etwas; die Lager der Chemie füllten sich. Die Unternehmen waren gezwungen, ihre Produktion deutlich zu drosseln.

Im Gesamtjahr 2008 konnte das Produktionsniveau des Vorjahres nicht erreicht werden.

Nur Pharmazeutika laufen gut

Doch für die einzelnen Sparten der Branche verlief das Jahr 2008 unterschiedlich: Besonders stark machte sich die sinkende Nachfrage bei den Fein- und Spezialchemikalien und bei den konsumnahen Chemikalien bemerkbar. Die Produktion von Spezialchemikalien ging 2008 deutlich zurück. Auch die Produzenten von Wasch- und Körperpflegemitteln konnten nicht mehr an das Vorjahresniveau anknüpfen. Von der Konsumzurückhaltung der Verbraucher und der Krise beim Automobilbau waren

diese beiden Sparten besonders betroffen. Auch die Grundstoffsparten trugen nicht mehr zum Wachstum bei: Die Produktion stagnierte.

Nur die konjunkturunabhängige Pharmaindustrie stabilisierte 2008 das Chemiegeschäft. Sie setzte ihren positiven Trend fort; auch wenn die Wachstumsraten niedriger ausfielen als in den Vorjahren. Ohne Pharmazeutika hätte die Branche bereits im Jahr 2008 einen deutlicheren Produktionsrückgang verbuchen müssen.

Der enorme Preisanstieg für Öl, Gas und andere Rohstoffe zwang die Chemieunternehmen zunächst, die Preise anzuheben. Bis zum dritten Quartal 2008 kletterten die Preise für chemische Erzeugnisse kräftig. Das raue Konjunkturklima hat allerdings einen Nebeneffekt: Im Laufe der sich ausweitenden Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise gaben die Rohstoffpreise zum Jahresende 2008 deutlich nach – die Chemikalienpreise sanken. Im Jahresdurchschnitt waren Chemikalien aber immer noch um rund 5% teurer als im Vorjahr.

Die höheren Preise sind auch der Grund dafür, dass der Gesamtumsatz der Branche das Vorjahresniveau noch einmal leicht übertreffen konnte. Inlands- und Auslandsum-

satz entwickelten sich dabei annähernd gleich.

Das Exportgeschäft blieb trotz des weltwirtschaftlichen Abschwungs in weiten Teilen des Jahres eine Stütze der deutschen Chemiekonjunktur. Die Exporte stiegen 2008 um 8% auf 140,1 Mrd. Euro. Die Importe wuchsen dagegen deutlich langsamer als im Vorjahr. Sie lagen mit 97,7 Mrd. Euro nur noch 4% höher als 2007.

Chemie hält an Stammebelegschaft fest

Das Ende des Abschwungs ist noch nicht absehbar. Die Geschäftserwartungen der deutschen Chemieunternehmen sind nach wie vor pessimistisch: Zwar wird sich der Lagereffekt in der Chemie und bei den Abnehmerindustrien zu Beginn des Jahres 2009 abschwächen. Die Rezession bleibt jedoch vorerst: Die Industrieproduktion in Deutschland und Europa wird 2009 weiter sinken. Auch weltweit wird nur ein leichtes Plus erreicht. Damit bleibt 2009 die Chemienachfrage schwach.

Diese sinkende Nachfrage spüren die Chemieunternehmen in ihren Auftragsbüchern deutlich. Anfang 2009 dürften sie deshalb ihre Produktion noch weiter drosseln. Und mit einer rückläufigen Chemieproduktion ist deshalb ebenfalls zu rechnen. Die Erzeugerpreise werden aufgrund des nachlassenden Drucks von Seiten der Rohstoffmärkte ihren Höhenflug beenden. Die deutschen Chemieunternehmen müssen sich deshalb 2009 auf Umsatzrückgänge einstellen.

Für die Gesamtwirtschaft kann frühestens 2011 mit einem erneuten Aufschwung gerechnet werden. Unter diesen Voraussetzungen könnte die Industriekonjunktur im Jahr 2010 wieder Fahrt aufnehmen und auch das Chemiegeschäft beleben.

Mit einem Bündel von Maßnahmen begegnen die Chemieunternehmen der Auftragsflaute. Sie setzen dabei vor allem auf Kostensenkungen, um trotz des schwachen Umfelds weiter erfolgreich zu wirtschaften: Die Unternehmen drosseln in vielen Fällen die Produktion. Wartungsarbeiten werden vorgezogen, der Schichtbetrieb zurückgefahren und Überstunden abgebaut.

Auch die Investitionsentscheidungen sind von der Krise betroffen. Die Unternehmen stellen ihre Investitionspläne auf den Prüfstand. Hier wird eindeutig vorsichtiger gehandelt. Wenn möglich werden Investitionen zunehmend auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Dies gilt für Projekte in Deutschland und im Ausland.

Eine Blitz-Umfrage des Verbandes der Chemischen Industrie zeigt aber auch: Unsere Unternehmen sind bemüht, ihre Stammebelegschaft zu halten. Denn dann können sie bei einer Besserung der wirtschaftlichen Lage schnell reagieren. Die Branche ist schließlich auf die Fachkräfte angewiesen. Kurzfristig kommt es allerdings auch bei den Beschäftigten zu Einschnitten. Die Unternehmen versuchen, die Personalkosten beispielsweise durch Einstellungsstopps und die Reduktion von Leiharbeit einzudämmen.

Industriefreundliche Politik notwendig

In der Krise ist auch der Staat gefordert. Nicht allein mit staatlichen Konjunkturprogrammen, sondern mit einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik, die den Standort Deutschland erfolgreicher und damit auch krisenfester macht. Einfacher gesagt: Eine industriefreundliche Politik ist in der Krise das oberste Gebot.

Denn die Industrie und nicht der Dienstleistungssektor bildet mit realen Werten den Kern der Wertschöpfung in Deutschland. Sie ist der Garant und der Stabilitätsfaktor für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. In kaum einem anderen Industrieland ist der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung mit rund 26% so hoch wie in Deutschland. Und er steigt: Während in den übrigen Ländern Westeuropas der Leistungsanteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung in den letzten Jahren deutlich gesunken ist, hat sich ihr Beitrag in Deutschland weiter erhöht.

In schwierigen Zeiten ruhen die Hoffnungen für einen erneuten Aufschwung wesentlich auf der Industrie. Sie braucht jetzt die richtigen Signale, um neue Investitionen wirtschaftlich vertreten zu können. Dazu gehört in erster Linie ein umfassendes Bekenntnis der Politik zum Industriestandort Deutschland und Europa: ein eindeutiges Ja zum Erhalt und Ausbau des deutschen und europäischen Industriestandortes. Und das heißt konkret: Die Forschung fördern, den Mittelstand stärken und die Infrastruktur verbessern.

Die Rahmenbedingungen für Investitionen und Innovationen in Deutschland und auch in Europa müssen weiter verbessert werden – zum Beispiel beim Thema Emissionshandel. Die energieintensiven Branchen tragen erheblich zur Beschäftigungssicherung in der Europäischen Union bei. Und die Chemie etwa forciert mit ihren neuen und modernen Produkten in nicht unerheblichem Maße den Klimaschutz. Doch nur wenn die Chemie hier weiter produzieren und investieren kann, kann sie diesen Beitrag auch in Zukunft leisten. Der Emissionshandel fällt gemäß dem Beschluss des Europäischen Rates vom 12. Dezember 2008 für

die deutsche chemische Industrie in Deutschland zwar weniger kostspielig als als der Vorschlag der EU-Kommission. Trotzdem muss sich die Branche insgesamt auf zusätzliche Belastungen in Milliardenhöhe einstellen, so erste Schätzungen des Verbandes der Chemischen Industrie. Zusätzlich wird die chemische Industrie erheblich investieren müssen, um die EU-Klimaschutzvorgaben bis 2020 zu erreichen.

In Forschung investieren

Forschung und Entwicklung sind für Deutschland der Garant für Wohlstand. Der Staat sollte deshalb ein fundamentales Interesse

daran haben, dass möglichst viele Firmen in Deutschland forschen. Ein angemessenes Instrument zur Förderung von Innovationen ist dabei die steuerliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen. Diese Förderung wird bereits von der Mehrzahl der EU-Staaten und allen großen außer-europäischen Staaten praktiziert. Wir halten sie aus innovations- und aus standortpolitischen Gesichtspunkten für sinnvoll: Steuerliche Forschungsförderung macht Unternehmen wettbewerbsfähiger, sichert technischen Fortschritt und Arbeitsplätze am Standort Deutschland. Es gibt keinen Grund,

länger damit zu warten. Besonders nicht in wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie diesen: Negative Auswirkungen des Abschwungs können mit Investitionen in die Forschung gemildert werden.

Deshalb sollte der Staat nicht noch zusätzliche Hürden und Belastungen für die Industrie schaffen. Es ist im Sinne aller, der Wirtschaft wie der Verbraucher, dass die Industrie möglichst schnell wieder an Fahrt gewinnt. Die chemische Industrie hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung in Deutschland leisten kann. Wir können dies auch in Zukunft schaffen.

Klaus Mittelbach

Elektroindustrie: Zuversicht in eigene Stärken, erhöhte Vorsicht in Bezug aufs Umfeld

Der Markt für elektrotechnische und elektronische Erzeugnisse ist der größte Produktmarkt weltweit. Im Jahr 2007 hat er ein Volumen von mehr als 2,5 Bill. Euro erreicht – Software und Services nicht mitgerechnet. Zum Vergleich: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt lag 2007 bei etwas über 2,4 Bill. Euro. In den vergangenen Jahren ist der Welt-Elektromarkt durchschnittlich um 7% p. a. gewachsen, dabei in Asien am stärksten. Für 2008 geht der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie von einem globalen Wachstum in einer Größenordnung von 5% aus. 2009 dürfte sich die Dynamik angesichts der derzeitigen weltwirtschaftlichen Talfahrt allerdings spürbar abschwächen.

Der Elektromarkt in Deutschland ist unter allen Ländermärkten der fünftgrößte der Welt – hinter den USA, China, Japan und Südkorea.

Für die heimische Elektroindustrie ist 2008 das fünfte Wachstumsjahr in Folge. Der Branchenumsatz – der für 12% des Gesamtumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland steht – hat wohl in einer Größenordnung von 3 bis 4% zugelegt und ein Volumen von knapp 190 Mrd. Euro erreicht. Dabei hat sich das Geschäft mit inländischen Kunden deutlich besser entwickelt als das mit ausländischen Abnehmern.

Einzelne Fachbereiche entwickeln sich unterschiedlich stark

Beim Blick auf die Entwicklung einzelner Fachbereiche der Elektroindustrie – weit mehr als 70% des Umsatzes werden mit Investitionsgütern gemacht, rund 11% mit Gebrauchsgütern sowie 13% mit Bauelementen – zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild. Während die Automatisierungstechnik und

die Energietechnik um jeweils 10% gewachsen sind, kam es in den Bereichen der Informations- und Kommunikationstechnik als Folge eines starken Preisverfalls bzw. struktureller Umorganisationen zu Umsatzrückgängen in einer Größenordnung von 10 bzw. 20%. Das Geschäft mit elektrotechnischen und elektronischen Gebrauchsgütern hat sich nicht zuletzt auf Grund des nach wie vor auf der Stelle tretenden privaten Verbrauchs eher verhalten entwickelt. Ohne die Bereiche Information und Kommunikation ist der Elektroumsatz um 6% gestiegen.

Aktuell zählt die Elektroindustrie mehr als 830 000 Beschäftigte. Dies sind 2% aller Erwerbstätigen in Deutschland. Sie erwirtschaften über 3% des deutschen Bruttoinlandsprodukts und bilden die zweitgrößte Industriebranche Deutschlands. Seit Jahresbeginn

2007 sind knapp 30 000 neue Jobs entstanden. Neben den Beschäftigten im Inland arbeiten über 600 000 Menschen im Ausland für die deutsche Elektroindustrie und erzielen hier einen zusätzlichen Umsatz von rund 100 Mrd. Euro. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen beläuft sich auf fast 40 Mrd. Euro.

Forschung und Entwicklung als Grundlage für Wachstum

Auch in diesem Jahr hat die Elektroindustrie wieder zu den innovativsten und investitionsfreudigsten Wirtschaftszweigen in Deutschland gezählt. Investitionen in Höhe von mehr als 7 Mrd. Euro, Aufwendungen für Forschung und Entwicklung in Höhe von 11 Mrd. Euro – und damit ein Fünftel aller privaten F&E-Aufwendungen insgesamt –, Innovationsaufwendungen von 18 Mrd. Euro sowie Ausgaben für Aus- und Weiterbildung von 2 Mrd. Euro bilden die Grundlage für Wachstum und technischen und damit vor allem auch gesellschaftlichen Fortschritt. Mehr als vier von fünf Elektronunternehmen warten regelmäßig und erfolgreich mit neuen Produkten oder Prozessen auf. Knapp die Hälfte des Branchenumsatzes entfällt auf neue Produkte, die nicht älter als drei Jahre sind. Schließlich geht jede dritte Innovation im gesamten Verarbeitenden Gewerbe auf einen originären Anstoß aus der Elektroindustrie zurück.

Große regionale Unterschiede beim Export

Das Exportvolumen der deutschen Elektroindustrie beläuft sich auf 150 Mrd. Euro und repräsentiert damit 15% aller deutschen Ausfuhren. Als Folge des vor allem in der ersten Jahreshälfte sehr starken Euro sowie der wirtschaftlich weltweit langsameren Gangart haben die Elektroexporte 2008 nahezu stagniert. Preisbereinigt haben sie allerdings um 4% zugelegt.

Regional hat sich ein heterogenes Bild gezeigt. Einem Rückgang der Exporte in die wichtigsten Industrieländer – wie die EU-12, in die USA oder nach Japan – um rund 2% standen zum Teil hohe zweistellige Zuwächse in die Schwellenländer – u.a. nach Indien, China, Lateinamerika und Russland – gegenüber. Noch werden 60% der Elektroausfuhren in den Industrieländern abgesetzt. Wenn die gegenwärtige Dynamik anhält, wird der Exportanteil der Schwellen- und Entwicklungsländer in dessen weiter zunehmen. Sektorale Wachstumstreiber des Außenhandels mit den Schwellenländern sind insbesondere die Bereiche Automation, Energie- und Medizintechnik. Die deutschen Elektroexporte haben 2008 leicht um knapp 2% abgenommen. Angesichts des sehr starken Rückgangs der Einfuhrpreise entspricht dies aber einem realen Zuwachs um etwa 7%.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Elektroindustrie hat auch 2008 wieder unter starkem Druck gestanden. Obgleich die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate in Deutschland vor allem in der ersten Hälfte dieses Jahres verhältnismäßig stark zugelegt hat, fallen alle für die Elektroindustrie erhobenen Preisindizes. Die Einfuhrpreise geben mit etwa 8% erheblich stärker nach als die Erzeugerpreise mit -1%. Bislang konnten die Elektronunternehmen diesem Druck durch entsprechende Produktivitätsfortschritte begegnen.

Ausblick und Trends

Der Ausblick auf das kommende Jahr wird durch die Finanzmarktunruhen stark überschattet. Wie in kaum einem Jahr zuvor haften allen Prognosen zurzeit ein erhebliches spekulatives Moment an.

Die Rekordpleite von Lehman Brothers im September 2008 hat die bis dahin bereits seit mehr als einem Jahr schwelende Finanz-

marktkrise in einer Art und Weise beschleunigt und verschärft, die wohl als einmalig gelten darf. Durch das Aufeinandertreffen dieser Verschärfung mit der sich bis dato ohnehin zyklisch abkühlenden konjunkturellen Entwicklung ist zwischenzeitlich ein Cocktail entstanden, dessen letztliche Auswirkungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch immer niemand seriös abschätzen kann. Auch die weltweit geschnürten Rettungs- und Konjunkturpakete, die überall eingeleiteten starken Zinssenkungen sowie die Ankündigungen weiterer Maßnahmen haben die allgemeine Verunsicherung bei Unternehmen und Konsumenten kaum beseitigen können.

Die Elektroindustrie, die mit ihren Querschnittstechnologien wie kaum eine andere Branche mit allen übrigen Zweigen der Wirtschaft verwoben ist, kann sich vor allem in ihrer Rolle als zentrale Zulieferindustrie weder beim Inlands- noch beim Auslandsgeschäft von den Entwicklungen in anderen wichtigen Industriebranchen abkoppeln. Wenn diese von dramatischen Entwicklungen heimgesucht werden – wovon aktuell drastische Produktionsdrosselungen nicht nur in der Automobilindustrie, sondern zwischenzeitlich auch in der Chemischen Industrie zeugen – dann wächst auch für die Elektroindustrie die Gefahr der unmittelbaren Betroffenheit. Berechnungen des Zentralverbandes Elektrotechnik- und Elektronikindustrie zufolge sind heute etwa 100 000 Arbeitsplätze in der Elektroindustrie mittelbar von der Automobilbranche abhängig.

Entsprechend sind die Auftrags-eingänge in der Elektroindustrie zuletzt spürbar zurückgegangen. Dies betrifft vor allem die automobilen Bereiche – etwa die Fahrzeugelektrik, Batterien oder elektronische Bauelemente.

Auch die ifo-Stimmungsindikatoren für die Elektroindustrie weisen seit einigen Monaten eine rasante Verschlechterung aus. Das Geschäftsklima in der Branche fällt seit Juni und verzeichnet seit August sogar einen negativen Wert. Dabei beurteilen die Unternehmen die Erwartungen für die kommenden sechs Monate deutlich ungünstiger als die aktuelle Lage. Sowohl die Produktionsplanungen als auch die Exporterwartungen für die nächsten drei Monate haben zuletzt weiter nachgegeben. Fast die Hälfte der Elektrofirmen will ihre Produktion zurückfahren, nur noch 3% der Unternehmen planen eine Ausweitung der Produktionstätigkeit. Zwar liegen Kapazitätsauslastung und Reichweite der Auftragsbestände mit 85% bzw. 2,4 Produktionsmonaten immer noch über ihren langjährigen Durchschnittswerten, jedoch ist die Kapazitätsauslastung jüngst um zwei Prozentpunkte gefallen.

Betriebswirtschaftliche Verfassung heute besser als früher

Immerhin steht die deutsche Elektroindustrie heute strukturell deutlich besser da als noch vor wenigen Jahren. Sie hat ihre Widerstandsfähigkeit sowie ihre interna-

tionale Wettbewerbsfähigkeit stark verbessert und insoweit ihre Hausaufgaben gemacht. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote ist auf über 35% gestiegen. Das sind sieben Prozentpunkte mehr als noch 2002. Zudem steht das Produktportfolio der Branche auf einer sehr breiten Basis. Insbesondere umfasst es all diejenigen Technologien, die zur Bewältigung unverzichtbarer globaler Aufgaben unverzichtbar sind. Der globale Klimawandel, der weltweit nach wie vor immens hohe Bedarf an moderner Infrastruktur, mehr Energie-Effizienz oder die effizientere Organisation der Gesundheitswirtschaft – das alles sind weltweite Herausforderungen, die auch angesichts der Finanzmarktkrise aktueller denn je sind. Ohne die Innovationskraft der Elektroindustrie werden sie nicht zu bewerkstelligen sein.

Kurzgefasst heißt das: Auch für die Elektroindustrie haben sich die konjunkturellen Aussichten deutlich eingetrübt. Die skizzierten Trends sowie die verbesserte betriebswirtschaftliche Verfassung bieten indessen die Chance, dass die Unternehmen der Elektroindustrie vergleichsweise besser durch die aktuelle Krise kommen könnten als andere.

Wirtschaftspolitische Forderungen

Es ist jetzt auch Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass die Industrie, die mit einem Anteil von mehr als einem Viertel am Bruttoinlandsprodukt das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bildet und im letzten Jahr alleine für die Hälfte des Wirtschaftswachstums verantwortlich gezeichnet hat, keine Kreditklemme zu spüren bekommt, sondern vielmehr auch Entlastungen erfährt. Dabei muss eine nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen Vorrang vor konjunkturellen Strohfeuer-Effekten haben, damit im nächsten Aufschwung ein höherer Wachstumspfad erreicht werden kann. Die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas – etwa durch die dauerhafte Einführung der degressiven Abschreibung sowie eine Anhebung des Abschreibungssatzes –, mehr öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Zukunftstechnologien und Bildung, die Förderung von Energie-Effizienz (sowohl bei der Erzeugung und Verteilung als auch beim Verbrauch) sowie eine steuerliche Forschungsförderung sind hierfür ganz wesentliche Voraussetzungen.

Ralph Wiechers

Maschinenbaukonjunktur: Besonnenheit in turbulenten Zeiten

Die nicht enden wollenden schlechten Nachrichten und der Eifer, mit dem die konjunkturelle Katastrophe, so scheint es, herbeigeredet und herbeigeschrieben wird, verstellen leider den Blick auf ein in Summe abermals erfolgreiches Jahr 2008 für die deutsche Industrie und namentlich für den deutschen Maschinen- und Anlagenbau. Für zahlreiche Unterneh-

men dürfte sich das Wachstum dank lang laufender Projekte und dringender Innovationsbedarfe ihrer Kunden sogar fortsetzen. Andere dagegen befinden sich bereits in einem teils kräftigen, herausfordernden Abschwung, von dem niemand weiß, wie lange er andauert und wie tiefe Spuren er hinterlässt. Doch allen Maschinenbauern miteinander bieten sich auf Basis ihrer

hervorragenden Wettbewerbsposition selbst in einem schwierigeren Umfeld durchaus auch Chancen: in jungen Märkten und mit innovativen Produkten, gerade im Bereich der Energie- und Umwelttechnik.

Maschinenproduktion 2008 im Plan

In den ersten zehn Monaten des Jahres konnte die Maschinenpro-

duktion um preisbereinigt mehr als 7% gesteigert werden. Für den weiteren Jahresverlauf wird ein leichter Rückgang der monatlichen Wachstumsraten erwartet, ohne dass es in Summe zu dramatischen Einbrüchen kommen sollte.

Die im Herbst 2007 von den VDMA-Volkswirten aufgestellte und von nicht wenigen Branchenbeobachtern als zu vorsichtig kommentierte Prognose eines Produktionszuwachses von 5% ist damit nicht revisionsbedürftig. Nach einem zum Zeitpunkt der Prognose bereits vier Jahre andauernden Boom, der vergleichbar lang und kräftig letztmalig Anfang der sechziger Jahre beobachtet werden konnte, waren die Maschinenbau-Prognostiker gut beraten, nicht nur die immensen Wachstumschancen, sondern auch die Wachstumsrisiken zu sehen und Belastungsfaktoren einzukalkulieren. Der starke Euro, explodierende Rohstoffpreise, die Verwerfungen an den Finanzmärkten nach der ersten Schockwelle der Finanzkrise, die sich anbahnende Rezession in den USA, die postolympische Beruhigung in China – alles das war im Grunde abzusehen, wenn auch nicht in allen seinen Dimensionen abzuschätzen.

Nicht kalkulierbar waren und sind die Auswirkungen des Wieder-Aufflackerens der Finanzkrise und der hierdurch ausgelösten Vertrauenskrise, die jede für sich tiefe Bremsspuren in der sogenannten Realwirtschaft hinterlassen werden.

Finanz- und Vertrauenskrise im Maschinenbau bislang kaum sichtbar

Zur Beantwortung der immer gern und nachdrücklich gestellten Frage, ob die Finanzkrise im Maschinen- und Anlagenbau angekommen sei, und wenn ja, wie heftig und wo, muss klar unterschieden werden zwischen dem

ersten Schub der Finanzkrise, der im Frühsommer 2007 mit der US-Immobilienkrise begann, und dem zweiten Schub mit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008, der laut Sachverständigenrat einen völligen Vertrauensverlust auslöste und zum Austrocknen des Interbankenmarktes führte.

Der erste Schub ist in den Daten einiger Teilbranchen des Maschinenbaus bereits auszumachen. Einige bau- und konsumnahe Sektoren, namentlich Baumaschinen und Holzbearbeitungsmaschinen, Textilmaschinen und Druckmaschinen mussten bereits im Verlauf des Jahres 2008 teils sehr deutliche Rückgänge ihres Auftragseingangs verzeichnen. Einige Unternehmen waren angesichts der Heftigkeit und Schnelligkeit, mit der Kunden ihre Orders einschränkten und laufende Projekte verschoben, sogar gezwungen, ihre Produktion deutlich zurückzufahren, Arbeitszeitkonten abzubauen und Leiharbeiter nicht mehr anzufordern. In anderen Bereichen sieht man dagegen mit Ausnahme des im besonderen Maße von der Automobilindustrie und deren Investitionsverhalten abhängigen Werkzeugmaschinenbaus in den vorliegenden Daten bislang wenige oder gar keine Anzeichen für eine Eintrübung des Geschäfts. Das ist sicher zum einen der Tatsache geschuldet, dass Daten und Fakten über die „Gegenwart“ erst mit einer zeitlichen Verzögerung von nicht selten mehreren Monaten zur Verfügung stehen. Hinzu kommt aber zum anderen, dass es im Maschinenbau nach wie vor Unternehmen und Sektoren gibt, die scheinbar unbeeindruckt vom weltwirtschaftlichen Geschehen weiterhin Zuwächse ihres Auftrags einganges verzeichnen, und das auf ohnehin schon hohem Niveau. Zusammengefasst kommt es zu einer drastischen Spreizung der Fachzeigergebnisse im VDMA

Auftragseingang der letzten drei statistisch nachweisbaren Monate August bis Oktober 2008. Die Spanne reicht von Plusraten (real) um die 30% im Vorjahresvergleich in der Verfahrenstechnik, bei Gießereimaschinen, in der Landtechnik und bei Turbinen bis zu Minusraten von 40 bis 50% bei Textilmaschinen, Baumaschinen und Druckmaschinen.

Ein ähnlich uneinheitliches Bild vermittelt die Exportstatistik. Hinter dem (nominalen) Zuwachs von knapp 9% in den ersten drei Quartalen des Jahres 2008 stecken sowohl Minusraten im unteren einstelligen Bereich beispielsweise für die USA, Japan, Korea und das Vereinigte Königreich als auch unverändert hohe Exportsteigerungen in die sogenannten BRIC-Länder zwischen 15 und mehr als 30%. Das mit reichlich 6% unterdurchschnittliche Plus im Maschinenaußenhandel mit den EU-Nachbarländern ist ein erster Fingerzeig darauf, dass die von Nordamerika ausgehende, nachlassende Weltnachfrage nach Investitionsgütern auf den ersten Heimatmärkten des deutschen Maschinenbaus angekommen ist. Von einem Wegbrechen des Exports kann jedoch keine Rede sein.

Banken stehen zu ihren Zusagen

Was die Frage der sichtbaren Auswirkungen des zweiten Fieberschubs auf den Maschinenbau betrifft, so muss man unmittelbare Effekte durch Finanzierungsengpässe im Maschinenbau selbst und bei seinen Kunden unterscheiden von mittelbaren Effekten der Finanzkrise auf die Weltwirtschaft und damit die Weltnachfrage nach Investitionsgütern.

Finanzierungsengpässe selbst sind bislang noch kein (großes) Thema im deutschen Maschinenbau, wohl aber verschlechterte Konditionen und wachsende Probleme in der Exportfinanzierung,

so das Ergebnis einer VDMA-Umfrage, an der sich rund 250 vornehmlich kleine und mittlere Unternehmen des Verbandes beteiligten. Die deutschen Kreditinstitute halten ihre Zusagen gegenüber Maschinenbau-Unternehmen überwiegend ein. In nicht wenigen Fällen wurden Linien in den letzten beiden Monaten sogar erhöht oder die Bereitschaft zur Verstärkung des Engagements erklärt. Etwa ein Viertel der Teilnehmer an der Umfrage waren mit einer – überwiegend leichten – Verschlechterung der Kreditkonditionen konfrontiert, was angesichts der mehrheitlich begrenzten Kreditengagements nicht als Zugangssperre zu notwendigen Krediten interpretiert werden kann.

Zunehmend Probleme bei der Exportfinanzierung

Bei der Exportfinanzierung nehmen dagegen die Probleme eindeutig zu: Über die Hälfte der Unternehmen sind von Akkreditiven für die Abwicklung von Auslandsaufträgen abhängig. Dabei gibt es neben verschärften Prüfungen – insbesondere im Osten und für China – vermehrt Probleme bei der Bestätigung von Akkreditiven durch deutsche Banken und bei der Höhe der Bereitstellungsprovisionen. Nur eine Minderheit jenes Drittels der Unternehmen, für die Hermes-gedeckte Finanzierungen wichtiger werden, sieht dabei Probleme in der Unterstützung durch deutsche Banken.

Alle Erfolge bei der Bewältigung der Banken- und Liquiditätskrise können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Abwärtsspirale, die im Immobilien- und Bankensektor in den USA in Gang kam, über die Wirkungsketten der Finanzmärkte nach und nach auf andere Wirtschaftssektoren und Wirtschaftsregionen übergesprungen ist. Die Weltbank rechnet mit der schlimmsten Krise seit der Großen

Depression in den 1930er Jahren. Neben einem Rückgang des weltweiten Handelsvolumens sollen davon vor allem die Exportmöglichkeiten für Entwicklungsländer in die reicheren Staaten betroffen sein. Als Exportweltmeister mit einem Anteil am weltweiten Handel mit Maschinenbauprodukten von rund 19% und einer Exportquote von annähernd 75% wird sich der deutsche Maschinenbau der Abschwächung der Weltwirtschaft nicht entziehen können.

Mittlerweile befinden sich die wichtigsten Industriestaaten nahezu ausnahmslos in oder nahe der Rezession, Deutschland nicht ausgenommen. Die deutsche Autoindustrie hat mit ihrer Botschaft des „Stillstands am Band“ das unübersehbare Signal für das Ankommen der Finanzkrise in der sogenannten Realwirtschaft gegeben, mit noch unabsehbaren Folgen auch für den Maschinenbau.

Wachstumschancen mit Ressourcen sparenden Produkten

Dennoch bieten sich dem deutschen Maschinen- und Anlagenbau bei allem Krisengerede nach wie vor hervorragende Wachstumsperspektiven, und zwar nicht nur regional, sondern auch technologisch.

Der Maschinenbau dürfte regional bei aller Unsicherheit davon profitieren, dass durch eine stärkere Erschließung neuer Märkte seine Risiken heute breiter gestreut sind als noch vor wenigen Jahren. Mehr als die Hälfte der Exportzuwächse der vergangenen Jahre (2001 bis 2007) wurden in sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern realisiert. Viele Emerging Markets zeigen sich noch vergleichsweise robust gegen Belastungen aus dem Finanzsektor. Die Wachstumsraten der vergangenen Jahre werden zwar nicht mehr zu erzie-

len sein. Das hohe Bevölkerungswachstum sowie das Streben nach Wachstum und Wohlstand dürften jedoch weiterhin die Binnenkonjunktur begünstigen und die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern stabilisieren.

Eine jüngst veröffentlichte Studie der DB Research weist zudem eindrucksvoll nach, dass der deutsche Maschinenbau insbesondere vom Trend des wachsenden Bedarfs an energieeffizienten, umweltschonenden Produkten und Verfahren sowie alternativen Energien enorm profitieren kann, und zwar weltweit! Der aktuelle, die Konjunktur tendenziell stabilisierende Preisverfall für Rohstoffe wird nicht von Dauer sein. Und so, wie bei einem Autokäufer in Anbetracht sinkender Benzinpreise das Verbrauchsargument nicht wieder ad acta gelegt wird, so werden auch die Kunden von Investitionsgütern weiterhin und sogar verstärkt Lösungen nachfragen, die energie- und ressourceneffizient sind.

Maschinenbau will 2009 sein Produktionsniveau verteidigen

Der VDMA ist Mitte Oktober 2008 für das Jahr 2009 mit der Produktionsprognose eines Nullwachstums an die Öffentlichkeit gegangen, freilich bei ungleich verteilten Chancen für einzelne Absatzregionen und Maschinenbausparten. Die Hoffnung, das hohe Produktionsniveau des laufenden Jahres halten zu können, ist nicht nur ehrgeizig. Sie teilt auch das Schicksal jeder Prognose in turbulenter Zeit, konkret: kaum veröffentlicht schon in Frage gestellt zu werden.

Basis jeder Prognose sind Fakten, auf deren Grundlage mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit Voraussagen für die Zukunft gemacht und Entscheidungen getroffen werden können. Schon die Einschätzung der aktuellen Lage bietet reichlich Raum für Spekulationen.

Noch spekulativer sind Einschätzungen zu den absehbaren wirtschaftlichen Aussichten. Es gibt im Wirtschaftsleben Situationen, die nicht zu erklären, geschweige denn zu prognostizieren sind. In Zeiten vollständiger Unsicherheiten tragen negative Prognosen zudem den Kern der Selbsterfüllung in sich, was einen Teufelskreis ständig düsterer Vorhersagen auslösen kann. Der VDMA hat sich deshalb bis Mitte Februar eine Prognose-Pause auferlegt.

Konjunkturpolitik: Krise als Chance begreifen

Im Zuge der weltweiten Finanzkrise und des drohenden Konjunktüreintritts sind aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften Forderungen nach einem breit angelegten Konjunkturprogramm laut geworden. Der Überbietungswettbewerb der Konjunkturpolitik ist im vollen Gange, mit teils absurden Ausprägungen! Der VDMA als Branchenverband des deutschen Maschinen- und Anlagenbaus beteiligte sich insoweit an

der Diskussion, dass er sich erneut für die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung (AfA) stark machte – mit Erfolg. Sie gehört zu dem Maßnahmenkatalog, den das Bundeskabinett Anfang November verabschiedete. Der einzige Wermutstropfen: Die degressive Abschreibung wird auf zwei Jahre begrenzt.

Diese Forderung sollte jedoch keineswegs als Plädoyer für eine „künstliche“ Ankurbelung der Konjunktur missverstanden werden. Richtig ist: Der Staat kann und darf der Entwicklung nicht tatenlos zusehen oder gar der Krise hinterher sparen. Aber Deutschland hat mehr verdient als ein Strohhalm.

Die Politik sollte das Geld mit Vorrang in Bereichen einsetzen, die für die nachhaltige Stärkung des Standorts Deutschland entscheidend sind, und die Krisen zum Anlass nehmen, jetzt die dringenden Maßnahmen zu ergreifen, für die bisher die politische Kraft oder schlicht das Geld gefehlt haben. Um für langfristig bessere Perspek-

tiven zu sorgen, wäre an folgenden Punkten anzusetzen:

- Ausweitung der öffentlichen Investitionen, insbesondere Umsetzung bereits genehmigter, aber bislang an der Finanzierung gescheiterter Vorhaben in der Verkehrsinfrastruktur,
- Höhere Ausgaben im Bildungsbereich, insbesondere bei der frühkindlichen Bildung,
- Ausweitung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung – verbunden mit verbesserten Anreizen für mehr private FuE-Ausgaben (Steuerliche Forschungsförderung),
- Verbesserungen bei der Unternehmensbesteuerung, insbesondere eine generelle Rückkehr zur degressiven AfA für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens.

Alle diese Maßnahmen sind nicht zuletzt auch einkommenswirksam – was die Vertreter des Kaufkraftarguments versöhnlich stimmen sollte.

Axel Pols

IT- und Telekommunikationsbranche stemmt sich gegen den Abschwung – Hightech-Markt als stabilisierender Faktor?

Seit Monaten dominieren Schlagzeilen zur Finanz- und Wirtschaftskrise die Berichterstattung der Medien. Darüber gerät gelegentlich in Vergessenheit, dass das Jahr 2008 wirtschaftlich insgesamt recht gut gelaufen ist. Dies gilt auch für die Informationstechnik- und Telekommunikationsbranche (ITK-Branche). Die rasante Konjunktüreintrübung seit Mitte September ist jedoch auch an der ITK-Branche nicht spurlos vorübergegangen. Im Dezember hat der

BITKOM seine Prognose für das Jahr 2008 um gut einen halben Prozentpunkt nach unten korrigiert. Demnach haben Unternehmen, Konsumenten und der öffentliche Sektor im Jahr 2008 rund 145 Mrd. Euro für Produkte und Dienstleistungen der ITK-Branche ausgegeben. Dies entspricht einem Plus von 1,2% gegenüber dem Vorjahr. Die Ausgaben für Informationstechnik sind um 3,7% auf gut 66 Mrd. Euro gewachsen. Der Umsatz mit digitalen Consumer Electronics

legte um gut 4% auf 12 Mrd. Euro zu. In der Telekommunikation sind die Umsätze mit Minus 1,6% auf rund 66 Mrd. Euro dagegen rückläufig.

Software und IT-Services tragen Wachstum 2008

Der IT-Markt hat im Jahr 2008 maßgeblich von der starken Nachfrage nach Software und IT-Dienstleistungen profitiert. Zwar zeigten sich auch hier in den letzten Monaten erste Bremsspurten, doch

bezogen auf das Gesamtjahr 2008 ist in diesen Marktsegmenten in der Summe mit einem Umsatzplus von gut 5% zu rechnen. Bei IT-Hardware stabilisierten sich die Umsätze im Jahr 2008 auf Vorjahresniveau, während die Absatzzahlen zum Teil kräftig zulegten. Die Zahl der verkauften PCs stieg zweistellig, angetrieben durch die starke Nachfrage nach Notebooks und den so genannten Netbooks. Dabei handelt es sich um besonders handliche Mini-Notebooks, die ein attraktives Preis-Leistungsverhältnis bieten und insbesondere für die mobile Internetsnutzung konzipiert sind.

Besser als erwartet lief das Geschäft mit digitaler Unterhaltungselektronik. Die Fußball-Europameisterschaft und die Olympischen Spiele haben 2008 für eine Sonderkonjunktur gesorgt. Bei Flachbildfernsehern gab es mit plus 30% auf 5,7 Mio. Stück einen neuen Absatzrekord. Hohe Wachstumsraten waren auch bei den Verkäufen von Spielkonsolen und digitalen Settop-Boxen zu verzeichnen.

Der Telekommunikationsmarkt ist weiterhin durch einen tief greifenden technologischen Wandel und einen scharfen Preiswettbewerb geprägt. Noch nie konnte man so günstig telefonieren oder im Internet surfen. Rund 4,3 Mio. Haushalte in Deutschland haben ihren Festnetzanschluss inzwischen abgeschafft und telefonieren ausschließlich mit dem Handy. Dennoch steigt das Gesprächsaufkommen über alle Netze kräftig an: allein in den letzten drei Jahren um fast 12%. Deutlich besser als erwartet entwickelten sich die Teilnehmerzahlen im Mobilfunk. Ende 2008 gab es nach BITKOM-Schätzung 110 Mio. Mobilfunkkarten in Deutschland. Das ist in einem Markt, den viele für gesättigt hielten, ein Wachstum von 13%. Eine anhaltend hohe Nachfrage gibt es bei den Datendiensten, also etwa Internetzugangsdiensten, Wirtschaftsdiens

SMS, etc. Während der Umsatz mit Sprachdiensten sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunk im Jahr 2008 trotz intensiverer Nutzung weiter rückläufig war, verzeichneten die Datendienste ein kräftiges Umsatzplus.

Außenhandel: Dienstleistungen im Plus

Deutschland gehört zu den führenden ITK-Exporteuren. Im Jahr 2007 betrug das Exportvolumen 57 Mrd. Euro. Davon entfielen 80% auf den Export von ITK-Gütern und ein Fünftel auf ITK-Dienstleistungen. Der Anteil der ITK-Branche an den gesamten deutschen Dienstleistungsexporten beträgt 7,3%, Tendenz steigend. Deutschland importiert wie die meisten europäischen Länder mehr ITK-Güter als es exportiert. Der Außenhandelsaldo bei den ITK-Dienstleistungen ist dagegen nahezu ausgeglichen.

Der Export von ITK-Hardware entwickelte sich im Jahr 2008 stark rückläufig. Diese Entwicklung ist neben der sich abschwächenden Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern vor allem auf den Einbruch der Ausfuhren im Bereich der TK-Hardware (-42%) zurückzuführen. Hier machen sich Standortverlagerungen bzw. Werksschließungen bemerkbar. Der Export von IT-Hardware und Consumer Electronics ging bis einschließlich Oktober gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 9% zurück. Das Auslandsgeschäft mit ITK-Dienstleistungen (Software, IT-Dienstleistungen, TK-Dienste) entwickelte sich dagegen sehr positiv. Im Zeitraum bis September wurden Dienstleistungen in der Größenordnung von 8 Mrd. Euro exportiert, ein Plus von 10% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Ausblick 2009: ITK als Teil der Lösung

Quantitative Prognosen für das Jahr 2009 werden erheblich dadurch erschwert, dass noch nicht

absehbar ist, wie tief Deutschland in die Rezession gerät und wie lange diese andauert. Ein Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gilt inzwischen als unvermeidbar, ob dieser in der Größenordnung von 1 bis 2% liegen wird oder gar noch gravierender ausfällt, ist jedoch ungewiss. Deshalb sind auch Vorhersagen zur Entwicklung der ITK-Branche mit einer zusätzlichen Unsicherheit behaftet. Regelmäßige repräsentative Umfragen des BITKOM zur Stimmungslage in der Hightech-Branche haben Hoffnung gemacht, dass die ITK-Industrie mit kleinen Blessuren durch die Krise navigieren kann. Im Dezember haben 67% der befragten Unternehmen noch nichts von der Krise gespürt. Allerdings ist klar, dass das Jahr 2009 auch in der ITK-Branche anders laufen wird, als bislang erwartet. Während der BITKOM im September für das Jahr 2009 noch mit einem Wachstum von 1,5% gerechnet hatte, liegt die aktuelle Prognose bei einer schwarzen Null, d.h. die Umsätze dürften auf Vorjahresniveau liegen.

Informationstechnik auch in der Krise gefragt

Der BITKOM schätzt, dass der IT-Markt im Jahr 2009 immerhin noch um 1,5% auf 67 Mrd. Euro zulegen wird. Vor der Verschärfung der Krise war ein Plus von 3,7% erwartet worden. Die Reduzierung der Prognose spiegelt die konjunkturelle Abhängigkeit der IT-Ausgaben wider. Der BITKOM rechnet auch in einer insgesamt schrumpfenden Wirtschaft mit leicht steigenden IT-Umsätzen, da Unternehmen auch in Zeiten knapper Budgets gezielt in IT-Lösungen investieren, um effizienter zu werden und Kosten zu reduzieren. Dieser Ausblick verdeutlicht einen wichtigen Unterschied zwischen der aktuellen und der Rezession nach der Jahrtausendwende. Seinerzeit mündete der „Hype“ um

die New Economy in eine heftige IT-Krise, die die Gesamtwirtschaft nach unten zog. Heute kann die ITK-Branche ein stabilisierender Faktor sein und dazu beitragen, die Krise zu überwinden.

Das Projektgeschäft, das fast die Hälfte der Umsätze mit IT-Dienstleistungen ausmacht, dürfte nach einem kräftigen Wachstum im Jahr 2008 auch im laufenden Jahr noch ein leichtes Plus verzeichnen. Dafür spricht auch, dass nicht alle Abnehmer von IT-Lösungen gleichermaßen von der wirtschaftlichen Flaute erfasst werden. Zu den IT-Anwenderbranchen, die voraussichtlich weniger hart betroffen sind, zählen zum Beispiel die Versorgungsunternehmen und der gesamte öffentliche Sektor einschließlich des Gesundheitswesens. Der öffentliche Sektor macht mit einem Volumen von rund 18 Mrd. Euro pro Jahr rund ein Fünftel des IT-Gesamtmarktes aus. Hinzu kommt, dass die Informationstechnologie heute eine viel wichtigere Rolle spielt als noch vor einigen Jahren. Fast alle Prozesse in größeren Organisationen laufen IT-gestützt ab. Deswegen kann es sich kein Betrieb mehr leisten, auf eine regelmäßige Modernisierung seiner IT-Systeme zu verzichten. Ein wichtiger IT-Teilmarkt, das Outsourcing-Geschäft, hat zudem gute Chancen, auch in der Krise weiter kräftig zu wachsen. Der steigende Kostendruck wird die Nachfrage nach Outsourcing-Dienstleistungen verstärken. Hier gibt es in Deutschland gerade auch im Vergleich zu anderen führenden Industrieländern nach wie vor einen Nachholbedarf und damit ein auch mittelfristig überdurchschnittliches Wachstumspotenzial. Der Hardware-Markt wird im Jahr 2009 dagegen ein Minus verzeichnen. Hier sind die Margen so schmal, dass schon ein kleiner Rückgang der Nachfrage zu sinkenden Umsätzen führt.

22

Telefoniert wird immer

Im Gegensatz zum IT-Markt sind die konjunkturellen Einflüsse auf den Telekommunikationsmarkt eher gering. Je nach der Schwere der Rezession könnte ein Teil der Kunden versuchen, gezielt Ausgaben für TK-Dienstleistungen zu reduzieren, der generelle Trend hin zu mehr Kommunikation und intensiver Internetnutzung wird dadurch aber nicht gebrochen werden. Da die Preise schneller schrumpfen als die verkauften Telefoneinheiten wachsen, sinken dennoch die Umsätze. Der BITKOM rechnet für das Jahr 2009 für den TK-Gesamtmarkt mit einem Minus von 1,2%, nach einem Rückgang von 1,6% in 2008. Das Marktvolumen wird 2009 rund 65 Mrd. Euro betragen.

Die Trends der vergangenen Monate haben Bestand. Das Festnetz verliert Kunden und im Mobilfunk führt der scharfe Preiswettbewerb zu einem Rückgang der Erlöse. Ein kräftiger Umsatzanstieg mit Datendiensten sowohl im Festnetz als auch mobil kann das nicht völlig kompensieren. Für das Geschäft mit der Kommunikationstechnik muss nach einem kleinen Plus im Jahr 2008 im laufenden Jahr mit einem Minus gerechnet werden. Die Investitionen der Netzbetreiber sind allerdings stärker durch regulatorische Entscheidungen und langfristige Investitionspläne beeinflusst als durch konjunkturelle Schwankungen.

Expertenmangel bleibt relevant

Im Jahr 2008 ist die Zahl der Beschäftigten leicht um 3000 auf 829 000 gestiegen. Wobei die IT-Unternehmen 16 000 neue Stellen geschaffen haben und die Telekommunikationsfirmen 13 000 Arbeitsplätze abbauen mussten. Eine im August und September durchgeführte repräsentative Umfrage ergab, dass 46% der befragten ITK-Unternehmen einen Fachkräf-

temangel spüren. Ein Drittel sagte, dass offene Stellen nur schwer zu besetzen waren, und ein Viertel konnte für freie Arbeitsplätze gar keinen geeigneten Bewerber finden. Zwar wird sich der Expertenmangel mit der abflauenden Konjunktur entschärfen. Dies ändert aber nichts daran, dass es einen demografisch bedingten, strukturellen Engpass für hochqualifizierte Nachwuchskräfte in praktisch allen technischen Disziplinen und der Informatik gibt. Wie sich die Beschäftigung in der ITK-Branche im laufenden Jahr entwickeln wird, ist schwer einzuschätzen. Nach einer aktuellen Umfrage in der ITK-Branche wollen 39% der Unternehmen im Jahr 2009 – trotz Wirtschaftskrise – zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Neueinstellungen planen vor allem Software-Häuser und IT-Dienstleister. Ein Drittel aller ITK-Firmen will die Zahl der Mitarbeiter konstant halten und 28% planen einen Personalabbau. Wenn die Beschäftigtenzahl unter dem Strich konstant bliebe, wäre das ein Erfolg.

Politik kann Krise lindern

Der BITKOM hat konkrete Vorschläge gemacht, wie die Politik maßgeblich zur Linderung der Krise beitragen kann. Zwei Ansatzpunkte sind aus Sicht der ITK-Branche entscheidend:

1. Der Investitionsstau der öffentlichen Hand bei Hightech-Infrastrukturen muss aufgelöst werden.
2. Es müssen Rahmenbedingungen gesetzt werden, die Investitionen anreizen und den Standort stärken.

So können die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum gelegt werden. Jetzt ist die Gelegenheit, ohnehin anstehende und teils seit mehreren Jahren überfällige Investitionen in die Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen

zu tätigen. Dazu gehören Investitionen in eine moderne Hightech-Infrastruktur – in Computer, Breitbandnetze und Software. Unter dem Strich hat sich in der öffentlichen Verwaltung, im Gesundheitssystem und im Bildungswesen ein Investitionsstau von etwa 8 Mrd. Euro angesammelt. Das ist viel Geld, aber die investierten Mittel wird der Staat innerhalb weniger Jahre durch Effizienzgewinne zurückgewinnen. Es werden interne

Verwaltungskosten abgebaut, die Bürokratiekosten für die Wirtschaft verringert und der Service für die Bürger verbessert. Und die Hightechfirmen kämen leichter durch das Konjunkturtal.

Als weitere Maßnahmen zur Bewältigung der Krise schlägt der BITKOM vor, die Planungs- und Rechtssicherheit für Investitionen – insbesondere im Bereich der TK-Infrastruktur – zu verbessern sowie innovative Unternehmen, die stark

in Forschung und Entwicklung investieren, steuerlich zu entlasten. Durch die Einführung einer steuerlichen FuE-Förderung bekämen deutsche und ausländische Konzerne einen zusätzlichen Anreiz, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen in Deutschland zu betreiben. Das bringt hochwertige Jobs für den deutschen Arbeitsmarkt und steigert über die aktuelle Krise hinaus die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes.

Michael Wolgast

Versicherungswirtschaft 2009 – ein stabiler Sektor in der Finanzkrise

Das Jahr 2008 war entscheidend durch die internationale Immobilien- und Bankenkrise geprägt. Für viele unerwartet schnell und massiv hat die globale Krise an den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft „übergreifen“ und die ohnehin vorhandene zyklische Abschwächungstendenz der Weltwirtschaft zusätzlich erheblich verstärkt.

Zumindest in Deutschland beschränkt sich die Rezession bislang allerdings auf einen klassischen Abschwung im Bereich der Exportwirtschaft und der Investitionsgüternachfrage. Für den privaten Verbrauch wird so auch für 2009 bei nur noch moderaten Preissteigerungen und steigenden verfügbaren Einkommen derzeit trotz der Rezession Zuwachs erwartet. Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, auf die über 80% der Versicherungsnachfrage entfallen, bleibt damit nicht nur stabil, sie bessert sich erstmals seit langem sogar etwas. Sollte es in Deutschland zu einem stärkeren Einbruch der Konjunktur kommen, so würde

dies sicherlich auch weitere Branchen betreffen. Selbst dann wäre die Versicherungswirtschaft jedoch eine der Branchen, deren Nachfrage als letztes von der Krise betroffen wäre. Einmal mehr zeigt sich, dass die Versicherungsnachfrage relativ – zumindest im Vergleich zu anderen Branchen – konjunkturunabhängig ist.

Im Jahr 2008 konnte die deutsche Versicherungswirtschaft trotz des zuletzt immer schwieriger werdenden Umfelds ihre Umsätze – das Beitragsvolumen – mit einem geschätzten Plus von insgesamt 1,5% auf 165,3 Mrd. Euro voraussichtlich weiter ausbauen. Dabei wurde das Wachstum einmal mehr von der Personenversicherung getragen: Während sich für die Lebensversicherung (einschließlich Pensionskassen und Pensionsfonds) ein Beitragswachstum in Höhe von 1,8% abzeichnet, erwarten die privaten Krankenversicherer einen Zuwachs von 2,9%. In der Schaden- und Unfallversicherung deuten die vorliegenden Zahlen

aktuell auf ein kleines Beitragsplus von 0,4% hin.

Auch wenn die Wachstumsraten in der Versicherungswirtschaft in den letzten Jahren zurückgegangen sind, ist die Stimmungslage in der Branche derzeit keineswegs negativ oder pessimistisch. Befragungen des Münchener ifo Instituts zeigen vielmehr, dass sich die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage zuletzt sogar gebessert hat.

Insgesamt schätzen derzeit ca. 8% der Unternehmen ihre Geschäftslage als günstig ein, 86% als befriedigend und 6% als ungünstig. Gleichzeitig erwarten für die nächsten sechs Monate 9% der Unternehmen eine Verschlechterung der Geschäftslage. 84% rechnen mit keiner nennenswerten Veränderung und 7% erwarten eine Verbesserung. Der Geschäftsklimaindex für die Versicherungswirtschaft insgesamt bewegt sich damit trotz der aktuellen Bankenkrise und der fortschreitenden Konjunkturabschwächung im Vergleich zu anderen Branchen auf mittlerem Niveau. Dass die Geschäftsaussichten an-

gesichts der mit der Finanzkrise einhergehenden Unsicherheit auch in den Versicherungsunternehmen, zumal bei den Lebensversicherern, derzeit vorsichtiger beurteilt werden, sollte dabei nicht verwundern.

Die Finanzmarktkrise ist keine Krise der Versicherungen

Vieles wird 2009 von der weiteren Entwicklung im Bankensektor und an den Finanzmärkten abhängen. So ist eine nachhaltige Sanierung des Bankensystems verbunden mit einer neuen Vertrauensbasis auch eine Vorbedingung für das Gelingen konjunkturpolitischer Maßnahmen. Allerdings sind die Versicherungsunternehmen in Deutschland – anders als manche Versicherer in den USA oder in anderen Ländern, die in großem Umfang auch in Bankgeschäften engagiert waren – bereits aufgrund ihres Geschäftsmodells in hohem Maß resistent gegen die Auswirkungen der Probleme im Bankensektor oder die Verwerfungen an den Finanzmärkten.

Das regulative System der Versicherungswirtschaft in Deutschland erweist sich zudem im Vergleich zur Kreditwirtschaft oder gar zu unregulierten Teilen der Finanzwirtschaft gerade jetzt als durchaus moderner und krisenfester. Die Finanzmarktkrise ist daher keine Krise der Versicherungen. Dank der konservativen und vorsichtigen Kapitalanlage spielen für die deutschen Versicherer die für die Krise ursächlichen Finanzprodukte kaum eine Rolle. Sie sind weder in nennenswertem Umfang gekauft, noch rückversichert oder garantiert worden. Anders als die Banken haben die Versicherer auch kein kurzfristiges Refinanzierungsproblem an den Märkten; allein die laufenden Prämieinnahmen übersteigen die Auszahlungen deutlich. Von dem Kursverfall an den Aktienmärkten sind die deutschen Versicherungsunternehmen ebenfalls nur sehr eingeschränkt betroffen, so lag die

Aktienquote der deutschen Versicherer über alle Sparten und Zweige im Branchendurchschnitt zuletzt bei unter 8%.

Zwar wären auch die Versicherungsunternehmen letztlich nicht völlig immun gegen die indirekten Auswirkungen einer sich noch weiter dramatisch verschärfenden Finanzmarktkrise. Vor allem trifft es zu, dass die deutschen Versicherer im Rahmen ihrer Kapitalanlage auch Forderungen gegenüber dem Bankensektor halten. In dem Maße, in dem die betreffende Bank mit weiterem Abschreibungsbedarf oder Liquiditätsproblemen konfrontiert sein könnten, wäre dies dabei auch nicht ohne Auswirkungen auf die Versicherungswirtschaft. Deshalb ist der Wille der Regierungen weltweit, keine systemisch wichtige Bank in die Insolvenz gehen zu lassen, ein wichtiges Signal für die Versicherungswirtschaft: Die Entscheidung sichert die Kapitalanlagen der Versicherer, die wichtige Gläubiger der Banken sind. Von daher helfen diese Maßnahmen für Banken indirekt auch den Versicherungsunternehmen, indem sie mögliche Probleme – die zweifellos entstehen, wenn Banken ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen könnten – bereits im Vorfeld abwenden.

Unter dem Strich bleibt also festzuhalten: Die deutsche Versicherungswirtschaft ist stabil, auch in der aktuellen Bankenkrise. Die Versicherer können in dieser schwierigen Phase alle Leistungsgarantien in vollem Umfang einhalten. Kein Kunde hat Geld verloren, vielmehr erfolgen auch in diesen schwierigen Zeiten alle Versicherungsleistungen und alle garantierten Zinsgutschriften in vollem Umfang.

Branchenkonjunktur auch 2009 robust

Für 2009 wird nach der Prognose des Verbandes für die deutsche Versicherungswirtschaft derzeit

mit einem Beitragsvolumen etwa in der Höhe des Vorjahres gerechnet. Trotz schwierigen Fahrwassers wird die Versicherungswirtschaft damit auch 2009 Kurs halten können. Gerade auch in Anbetracht der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist die Branchenkonjunktur damit ausgesprochen robust.

Im Einzelnen wird für die Lebensversicherung einschließlich Pensionsfonds und Pensionskassen ein leichter Rückgang der Beitragseinnahmen um 1% erwartet. Ursächlich hierfür ist vor allem das immer größere Gewicht der regulären Abläufe von in früheren Jahren und Jahrzehnten abgeschlossenen Policen. Obwohl die Lebensversicherer unverändert im Neugeschäft wachsen und dieser Trend auch für 2009 anhalten dürfte, reicht dies nicht aus, die immer höheren Abläufe zu kompensieren. Grundsätzlich verbessern sich die Marktchancen der Lebensversicherer dagegen im aktuellen Umfeld, wenn der Wert der Garantien und der einer vorsichtigen Kapitalanlage wieder stärker geschätzt wird.

Der Trend zur ergänzenden kapitalgedeckten Altersvorsorge und damit vor allem zu Produkten der Lebensversicherung ist ungebrochen, hauptsächlich im Bereich der Riester-Produkte oder der neuen Basisrente, aber auch im Bereich der klassischen Rentenversicherung oder der betrieblichen Altersversorgung. Der für 2009 prognostizierte Beitragsrückgang in der Lebensversicherung bei weiterhin expansivem Neugeschäft hängt so offenkundig nicht mit der aktuellen Bankenkrise zusammen.

Für die private Krankenversicherung ist 2009 bei den Beitragseinnahmen mit einem Plus von etwa 3% zu rechnen, das zur Hälfte aus dem Bestandswachstum resultieren dürfte und sich ansonsten aus notwendigen Beitragsanpassungen

im Bestand ergibt. Die Gesundheitsreformen der letzten Jahre, die in der Tendenz mit fortschreitenden Leistungskürzungen in der gesetzlichen Krankenversicherung bei gleichwohl weiter steigenden Beitragssätzen einherging, haben zwar einerseits die Attraktivität der privaten Krankenversicherung weiter erhöht. Zugleich wurde aber durch eine Reihe von Maßnahmen in der Vollversicherung der Zugang zur privaten Krankenversicherung erschwert. Der Nettozugang in der Vollversicherung hatte sich so zuletzt von 2006 auf 2007 fast halbiert.

Der bereits erreichte hohe Grad der Marktdurchdringung, ein weiterhin intensiver Preiswettbewerb und ein zuletzt moderater Schadensverlauf lassen für die Schaden- und Unfallversicherung für 2009 ein ähnlich hohes Beitragsaufkommen wie 2008 erwarten, nachdem in dieser Sparte die jährlichen Wachstumsspielräume schon seit längerem eng begrenzt waren.

Erwartet wird dabei ein weiterer Beitragsrückgang für die Kraftfahrt-, die Transport- sowie die industrielle Sachversicherung, während der Umsatz in der privaten Sachversicherung, der Kreditversicherung und in der Rechtsschutzversicherung weiter steigen dürfte. Stagnierende Beiträge waren daher zuletzt in der Haftpflicht- und der Unfallversicherung zu beobachten.

Aufgaben und Perspektiven

Insgesamt sieht sich die deutsche Versicherungswirtschaft 2009 mit weiter wachsenden Herausforderungen konfrontiert. Als Teil der globalen Wirtschaftsordnung wird sich die Branche natürlich auch mit der Banken- und Finanzmarktkrise und ihren wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen auseinandersetzen müssen. Die Bewältigung der gegenwärtigen Rezession erfordert viel Kraft von allen Beteiligten. Dabei ist es für

die Versicherer besonders wichtig, dass das Vertrauen, das die Versicherten auch in der Finanzmarktkrise zu Recht in die Branche setzen, weiter erhalten bleibt. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, dass notwendige Verschärfungen in den Aufsichtssystemen und so vor allem im globalen Ordnungssystem für das Bankgeschäft auch tatsächlich zu einer besseren Regulierung führen und nicht zu einem Mehr an Bürokratie.

Doch ganz unabhängig von der aktuellen Bankenkrise und der resultierenden Rezession sieht sich die Versicherungswirtschaft seit einigen Jahren einer Vielzahl von Herausforderungen gegenüber. Neben Veränderungen der politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen stellen die weitere Intensivierung des Wettbewerbs, Umbrüche in der Unternehmenslandschaft, aber auch die Ausdifferenzierung der Kundengruppen und der demographische Wandel die Versicherungsunternehmen vor neue Aufgaben.

Damit einher gehen deutliche Veränderungen der relativen Marktpositionen, die Pluralisierung der Vertriebsstrukturen und eine weitere Rationalisierung der internen Geschäftsprozesse. Der seit einigen Jahren zu verzeichnende moderate, aber im Trend dennoch signifikante Beschäftigungsabbau wird sich weiter fortsetzen. Nur wenn es gelingt, sich diesen Herausforderungen zu stellen, wird die Versicherungswirtschaft insgesamt ihre gegenwärtige Ertragslage behaupten können.

Die Kompetenz der Versicherer wird darüber hinaus gefragt sein, wenn es darauf ankommt, mit neuen, intelligenten Produkten frühzeitig einen Beitrag zur Lösung der zentralen, gegenwärtigen Herausforderungen unserer Gesellschaft zu leisten: auf sozialem Gebiet zur Absicherung der individuellen Le-

benschancen, auf wirtschaftlich-technischem Gebiet, um innovative Marktchancen zu eröffnen und zu flankieren, aber auch auf ökologischem Gebiet, um – nicht zuletzt im Hinblick auf den Klimawandel – einen risikogerechten Umgang mit Natur und Umwelt zu unterstützen.

Angesichts der Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft verstärkt sich bei Bürgern wie auch bei Unternehmen das Bewusstsein dafür, wie elementar ein ausreichender Versicherungsschutz für den Erfolg der eigenen wirtschaftlichen Dispositionen ist. Gerade in Zeiten rasanten Wandels der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse kann sich die Versicherungswirtschaft dabei als Stabilitätsanker inmitten steter Veränderung erweisen.

Perspektivisch stellt allein schon die unverzichtbare gesamtwirtschaftliche Funktion der Versicherungswirtschaft eine dauerhaft stabile Basis für die Versicherungsnachfrage dar. Längerfristig sprechen viele fundamentale Faktoren für ein erhebliches Wachstumspotenzial der deutschen Versicherungswirtschaft. Chancen bestehen in der Abdeckung neuer Risiken oder in dem sich erst entwickelnden Markt für Assistance-Leistungen.

Nicht zuletzt die Lage der öffentlichen Haushalte bedingt im Bereich der sozialen Sicherung zudem weiterhin Anpassungen in die Aufgabenteilung zwischen öffentlichen Sicherungssystemen und privater Vorsorge. Mit ihrem einzigartigen Produktangebot hat die Versicherungswirtschaft daher allen Grund, mit Optimismus in die Zukunft zu sehen – zum Wohle ihrer Kunden, also der versicherten Haushalte, Privatpersonen oder Unternehmen, aber auch zum Wohle der Mitarbeiter und der Unternehmen selbst sowie der Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt.